

Pinochet nachgerufen

Autor(en): **Spieler, Willy**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **101 (2007)**

Heft 1

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-389852>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Am Tag der Menschenrechte ist einer gestorben, der von ihnen nichts wissen wollte: Augusto Pinochet, Chiles Militärdiktator von 1973 bis 1990, Oberkommandierender der Streitkräfte noch acht Jahre darüber hinaus. Sein Tod am 10. Dezember 2006 hat ihn der Strafe entzogen. Die Wahrheit, die lange verdrängte, kommt dennoch an den Tag. Und sie betrifft nicht nur Chile. Auch in westlichen Demokratien, nicht zuletzt in der Schweiz, gäbe es einiges aufzuarbeiten, was an ideologischen und anderen Helfershelferdiensten für die blutige Diktatur geleistet wurde.

Der andere 11. September

Lateinamerika erinnert sich an einen anderen 11. September, wenn von *Nine Eleven* die Rede ist. 1973 hat an diesem Tag eine Militärjunta unter Pinochet die demokratisch gewählte *Volksfrontregierung Allende* gestürzt. Der brutale Staatsstreich kostete nicht nur Salvador Allende das Leben, 3000 weitere Chileninnen und Chilenen wurden umgebracht. Ebenso viele wie 2001 beim Attentat auf die *Twin Towers* in New York.

Voraus ging ein beispielloser *Wirtschaftskrieg* gegen die sozialistische Regierung, die zwar demokratisch legitimiert und strikte der Verfassung verpflichtet war, aber die Kupferminen verstaatlichte, in der Industrie die paritätische Mitbestimmung der Arbeitenden einführte, die Arbeitslosigkeit halbierte und erst noch die Kindersterblichkeit um 20 Prozent reduzierte – soziale Errungenschaften, in denen Pinochet eine «hundsgemeine Verschwörung zum Verrat am Vaterland» sah. Anders beurteilte das Volk die Arbeit der Regierung. Bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 1973 konnte die *Unidad Popular* ihren Stimmenanteil um 8 Prozent auf 44 Prozent steigern. Da nicht sein kann, was nicht sein darf, sperrten die USA und in ihrem Schlepptau die Weltbank sämtliche *Kredite* für Chile – mit Ausnahme der Militärhilfe. Am meisten zur Destabilisierung trugen die *Lastwa-*

Willy Spieler

Pinochet nachgerufen

genfabrer bei, die mit ihrem Streik die Versorgung des 4000 Kilometer langen Landes lahmlegten. Die Streikkasse wurde von der CIA mit Millionenbeträgen gespeist, sodass die *Camionneure* mehr verdienten, wenn sie streikten, als wenn sie arbeiteten.

Auch der *katholischen Kirchenleitung* war der Sturz der *Volksfrontregierung* willkommen. Pinochet erhielt bei seinem Amtsantritt das «*Te Deum*», das er sich wünschte. Kardinal *Silva Henriquez* predigte die ideologische Kehrtwendung: «Wir haben das Gesetz respektiert, und wenn es aufgehört hat, gerecht und wirksam zu sein, haben wir es durch ein anderes, besseres ersetzt. Wir haben die Ordnung der Unordnung vorgezogen, die Autorität der Anarchie.» Der chilenische Episkopat verurteilte gleich noch die «*Christen für den Sozialismus*», die versucht hätten, «Kirche und Evangelium im Dienste politischer Interessen zu manipulieren». Das Verdikt erfolgte zu einem Zeitpunkt, als Priester und weitere Angehörige dieser befreiungstheologischen Bewegung «im Namen von Gott und Vaterland» verfolgt, gefoltert und ermordet wurden...

«Chile muss vom bösen Geschwür des Marxismus befreit werden», verkündete Pinochet nach erfolgtem Staatsstreich. Was das bedeuten sollte, kommt heute

immer mehr an den Tag: Foltermethoden des *Geheimdienstes DINA*, sadistische Exzesse in der berüchtigten Villa Grimaldi, zum Verschwinden gebrachte Regimegegner, deren Leichen in Säcke verpackt aus Puma-Helikoptern ins offene Meer geworfen wurden. Die Mörderhand reichte bis nach Washington, wo Allendes Verteidigungsminister *Orlando Letelier* 1976 von der DINA umgebracht wurde.

Bis zu seinem Tod gab Pinochet sich «stolz» auf seine Untaten, auch wenn er sich dabei «mehr Weisheit» gewünscht hätte, wie er in einem postum erschienenen Brief verlauten liess. An Wahrheitsfindung war ihm jedenfalls nicht gelegen. Der angeblich «weiser» Gewordene täuschte *Altersdemenz* vor, um sich nicht vor Gericht verantworten zu müssen. Mehr als die Morde nahmen seine Getreuen ihm übel, dass der «Ehrenmann», den er mimte, sich auch persönlich bereichert und den Staat um 27 *Millionen Dollar* betrogen hatte.

Applaus aus dem westlichen Bürgertum

Die Tragödie der chilenischen Demokratie kann sich überall wiederholen, wo das Besitzbürgertum seine Privilegien bedroht sieht. Die Propaganda und die Aktionen gegen die Regierungen von *Hugo Chávez* in Venezuela und *Evo Morales* in Bolivien haben heute eine fatale Ähnlichkeit mit der Vorgeschichte zu jenem anderen 11. September. Dass der Zweck die Mittel heilige und der Kapitalismus zu seiner Erhaltung selbst eine brutale Diktatur rechtfertige, hatte sich 1973 auch hierzulande in den Köpfen bürgerlicher Politiker und Redaktoren festgesetzt. Darüber wurde im Zusammenhang mit der Gründungsgeschichte der «Christen für den Sozialismus» in der Schweiz schon einiges berichtet (NW 2006, 251).

Eine eigene Analyse wert wären die *Kommentare der NZZ*. Das Blatt schrieb schon zwei Tage nach dem blutigen Umsturz: «Die putschenden Generäle haben die Konsequenzen aus dem politischen

Niedergang gezogen.» Die angeblich dem Rechtsstaat verpflichtete Zeitungsredaktion verteidigte so den Verfassungsbruch der Junta bis hin zum Mord an dem, wie es in derselben Ausgabe hiess, «skrupulös die Legalität befolgenden Staatschef». Jahre später verstieg sich ein Auslandsredaktor zur Aussage, dass «wahrscheinlich Militärregime ... auf lange Sicht eher zu einer Entfaltung einer lateinamerikanischen Eigenständigkeit beizutragen vermögen als alle (bis heute bezeichnenderweise fruchtlosen) Versuche mit demokratischen, faschistischen oder sozialistischen Modellen» (26./27.7.1980).

Nun, faschistisch war auch das Pinochet-Regime, wenn wir Faschismus mit *Ernst Bloch* als «Kapitalismus plus Mord» definieren. Zur Freude der Neoliberalen, allen voran Britanniens *Margaret Thatcher*, erteilte Pinochet den Chicago Boys aus der Schule *Milton Friedmans* den Auftrag, Chile zu «modernisieren». Die Preise wurden liberalisiert (ausser den Löhnen), der Sozialstaat demontiert, die Altersvorsorge privatisiert. Die Folge waren soziale Verwerfungen, wie sie keine demokratische Regierung überlebt hätte. NZZ-Wirtschaftsredaktor *Gerhard Schwarz* aber war von der chilenischen Junta so angetan, dass er ihre Politik zum «wirtschaftspolitischen Modellfall» erklärte. Er verkündete den Abschied von der «bequemen These, Marktwirtschaft und Demokratie gehörten zusammen wie Zwillinge». Schliesslich verdanke Chile «seinen Weg zu Marktwirtschaft und Wachstum einer brutalen Diktatur». Ja, Herr Schwarz empfahl Pinochets Methoden nach 1989 auch den ehemals realsozialistischen Staaten. Ihr «Systemwechsel» laufe sonst permanent Gefahr, in einen zum Scheitern verurteilten «Dritten Weg zwischen Plan und Markt zu münden» (NZZ 11./12.1.92).

Nach Pinochets Tod schwankt die NZZ zwischen dem Einerseits, dass «Mord Mord» bleibe, und dem Andererseits, dass die demokratisch gewählte Regierung Allende ein «Unheil» gewe-

sen sei und «dass ohne Pinochet jemand anderes die Fundamente einer stabilen republikanischen Ordnung hätte legen müssen» (11.12.06). Wünscht sich nun auch die NZZ, sie hätte Pinochets blutige Zwangsherrschaft mit «mehr Weisheit» begrüsst?

Lehren für die Zukunft

Auch wenn Augusto Pinochet sich mit einem dubiosen Demenzgutachten der Justiz entziehen konnte, so ist allein schon die Tatsache seiner Strafverfolgung durch den chilenischen Sonderermittler *Juan Guzmán* ein wichtiges Zeichen der Zeit. Vorausgegangen war das Festnahmegesuch des spanischen Untersuchungsrichters *Balthasar Garzón*, das zur Verhaftung Pinochets in London und schliesslich zum epochalen Auslieferungsentscheid der britischen Law-Lords am 8. Oktober 1999 führte. Schon als die Lordrichter dem Ex-Diktator ein Jahr zuvor die Immunität aberkannt hatten, lautete die Begründung ebenso einfach wie überzeugend, dass «das Foltern der eigenen Untertanen, oder auch von Ausländern, nach internationalem Recht nicht zu den Aufgaben eines Staatsoberhaupts gehört». Wer *Verbrechen gegen die Menschlichkeit* begeht, kann dafür niemals den Status eines Staatsoberhaupts vorschützen. Sein Handeln ist ein Verbrechen und keine Staatstätigkeit.

Das ist die *Globalisierung*, die eine «andere Welt möglich» macht: die Anerkennung der Universalität der Menschenrechte, die kein Diktator mehr ungestraft mit Füßen treten darf. Zu hoffen bleibt, dass auch «demokratische» Helfershelfer des chilenischen Unrechtsregimes wie der ehemalige US-Aussenminister Henry Kissinger sich künftig vor einem Gericht verantworten müssen. (Kissinger wird konkret vorgeworfen, dass er 1970 den Befehl zur Ermordung des chilenischen Generals René Schneider gegeben habe, da dieser sich weigerte, den von der US-Regierung betriebenen Militärputsch zu unterstützen.) Wenn das Unwort vom

«Schurkenstaat» Sinn machen soll, dann für jene Regime, die sich weigern den Internationalen Strafgerichtshof anzuerkennen oder dessen Arbeit gar behindern.

Das Verdikt über Pinochets Verbrechen ist aber auch ein Menetekel für den *Neoliberalismus*, der den Vorrang des Marktes vor Demokratie und Menschenrechten behauptet. Da der *Fundamentalismus des Marktes* immer wieder und in der Dritten Welt fast zwangsläufig in einen *Faschismus des Marktes* umschlägt, steht mit dem «wirtschaftspolitischen Modellfall» des Pinochet-Regimes die ganze herrschende Wirtschaftsideologie am Pranger des neuen Weltrechts und hoffentlich immer mehr auch der Weltöffentlichkeit.

Ein deutliches Wort der Selbstkritik wäre sodann von der *katholischen Kirchenleitung* zu erwarten. Es hatte einige Zeit gebraucht, bis der chilenische Episkopat die Menschenrechtsverletzungen und den «zügellosten Wirtschaftsliberalismus» des Regimes anprangerte. Ein sichtlich aufgebrachter Pinochet hatte die chilenischen Bischöfe gar gemahnt, sie sollten weniger politische Erklärungen abgeben und dafür «90 Prozent ihrer Zeit auf das Beten verwenden» (TA, 9.3.1987). Und trotzdem scheint den Kirchenleitungen von Chile bis Rom das Schuldbewusstsein wegen ihrer Legitimation des Regimes nach dem blutigen 11. September 1973 zu fehlen. Das Bekenntnis, aus ganz und gar nicht spirituellen Gründen die chilenische Demokratie verraten zu haben, wäre die Garantie dafür, dass der Kirche in Zukunft die demokratische Zuverlässigkeit wichtiger sein wird als ihr traditioneller Anti-Sozialismus. Radikaler noch und mit Jürgen Moltmann formuliert: «Ohne eine befreite Kirche gibt es keine befreite Gesellschaft! Wenn die katholische Kirche ihre ... autoritären Strukturen beibehält, wird sie immer ein Vorbild sein für Diktatoren wie Pinochet und andere, die analoge Strukturen auch in der Gesellschaft haben wollen» (Publik-Forum, 20.10.95). ●